Dossier PdA : Materialien zu den Austritten in der Waadt

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **1 (1981)**

Heft 1

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651672

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

DOSSIER PdA

MATERIALIEN ZU DEN AUSTRITTEN IN DER WAADT

Man mag fragen, wieso der "Widerspruch" dieses Dossier veröffentlicht. Die Durchsicht der hier versammelten Briefe, Presseerklärungen, Resolutionen macht allerdings deutlich: wir befinden uns mitten in der Debatte, die im Problemkreis "Krise der Parteien?" angefangen wurde. Die von den ausgetretenen Genossen aus der Waadt gestellten Fragen werfen die zentralen Probleme linker Politik auf: Verhältnis zu den Ländern des sog. "real existierenden Sozialismus", die Rolle des Staates und die Strategie der Linken, der Arbeiterbewegung in diesem Staat und diesem gegenüber, die Partei und die Gefahren von Institutionalisierung und Bürokratisierung. Am Beispiel der PdA-POP tritt hier – gleichsam wie die Spitze eines Eisbergs – ein Problemkreis zutage, der längst alle Organisationen der Arbeiterbewegung erfasst hat und der niemanden zu klammheimlicher Freude verleiten sollte. Keine andere Parteispitze hätte unserer Meinung nach wesentlich anders reagieren können als diejenige der PdA, weil jede in ihrer Parteilogik operieren muss. Deshalb halten wir dieses Dossier auch für sinnvoll, weil es Probleme an einem konkreten Fall sichtbar machen kann, die weit über diesen hinausreichen.

*

29. Juni 1980
Brief der 30 Genossinnen und Genossen aus der Westschweiz

Liebe Genossen, dieser Brief hat zum Ziel, Euch die Besorgnis eines Teils der Genossen unserer Partei gegenüber der von der Parteileitung verfolgen Politik zur Kenntnis zu bringen.

Wir sind der Meinung, dass eine Kompromisslösung in unseren Beziehungen zur UdSSR und zu den Oststaaten und eine verwaschene Orientierung auf internationalem Gebiet nicht mehr möglich ist. Selbst wenn diese Politik die Erhaltung der Einheit der kommunistischen Bewegung bezweckt, halten wir dafür, dass sie zu zweideutig ist und die Glaubwürdigkeit unserer sozialistischen Vorschläge bedeutend beeinträchtigt.

Die Haltung der Sowjetunion, namentlich die Intervention in Afghanistan und die Beeinträchtigung der Menschenrechte machen heute diese Einheit künstlich

oder trügerisch und verlagen eine klare und unzweideutige Anprangerung. Auch in Kenntnis der Nuancen und Reserven, angebracht von unserem Generalsekretär, im besonderen an der Pariser Konferenz (wo wir ein Beobachter-Statut hatten), sind wir nach unserer Meinung heute in einer internationalen Situation, in der Gesten bedeutungsvoller sind als Worte; was man bei solchen Gelegenheiten sagt, zählt weniger als die einfache Tatsache, sich an ein Treffen zu begeben, dem neun kommunistische Parteien ihre Teilnahme verweigert haben.

In unseren Augen bleibt diese Gleichschaltung sehr ausgeprägt und behindert die Ziele und Grundsätze, die der letzte Parteitag angenommen hat. Die PdAS hält sich an eine Sicht der Welt, die wir für überholt betrachten und nach der die Auseinandersetzung Ost-West eine Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwischen den Kräften des Fortschritts und den Kräften des Kapitalismus ist. Wir haben eher das Gefühl, dass es sich um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Mächten handelt, die sich durch die Schaffung solider Basen in der Welt zu behaupten trachten. In beiden Fällen ist die Macht in den Händen einer Minderheit konzentriert, seien es Kapitalisten, seien es die Führer des Staates, und in beiden Fällen ist sie dem Volke entzogen. Diese Tatsachen wirken gegen die Vorstellungen in unserem Politischen Aktionsprogramm, nach denen wir mit der Zeit eine wirtschaftliche und politische Selbstverwaltung aufbauen wollen, das heisst die Selbstbestimmung der Menschen über ihr eigenes Leben (Arbeit, Wohnung, Bildung, Freizeit usw.). Eine solche Sicht verlangt den Verzicht auf jegliches ausländisches Modell, eine neue Bestimmung der Rolle des Staates und der Parteien, die Ablehnung einer von aussen aufgezwungenen Revolution, die Wiederbestätigung der Unabhängigkeit der Nationen und der Autonomie der Gemeinschaften im Rahmen einer Gesamtplanung und im Geiste der Solidarität, alles Dinge, die wir nicht verfolgen können, ohne uns klar vom 'Sozialismus' in der UdSSR und den Oststaaten abzugrenzen.

Andererseits ist bei einer Fixierung auf die Ost-West-Achse die Gefahr gross, dass wir aus dem Auge verlieren, dass die Auseinandersetzung in der Welt heute eher auf der Nord-Süd-Achse liegt: Beziehungen zwischen entwickelten Ländern mit der Dritten Welt und Rolle der Blockfreien.

Wir sind der Meinung, dass die vom Politischen Büro gegenwärtig verfolgte Politik nicht in diese Richtung weist und uns von in unserem Lande vorhandenen fortschrittlichen Kräften abschliesst. Die, die heute für eine Änderung der Gesellschaft wirken, wenden sich von unserer Partei (und oft von allen Parteien) ab, um sich in die Stimmenthaltung zu flüchten oder sich in punktuellen oder andern Organisationen zu formieren.

Wir sind überzeugt, dass die Einheit der sozialistischen Bewegung sich nur mit diesen Kräften verwirklichen lässt und nicht durch Konferenzen zwischen Führern der Parteien.

Wir fordern deshalb, dass dieser Brief in der Parteipresse publiziert wird, und dass er die Grundlage für eine Diskussion in allen Instanzen der Partei bildet. Diese Frage ist für uns von so grosser Bedeutung, dass die Veränderung der Politik für uns eine der Bedingungen für die weitere Mitgliedschaft in der Partei ist. Mit unseren besten Grüssen.

Anmerkung: Dieser Brief wurde von 29 Genossinnen und Genossen aus der POP-Waadt und einem Genossen der PdA-Genf unterzeichnet. Einige davon strichen den letzten Satz des Briefes. (Red.)

*

Partei der Arbeit der Schweiz
Zentralkomitee und Sekretariat
Rue du Vieux Billard 25

1205 Genève

Genf, 2. Juli 1980

Lieber Genosse,

Wir haben Deinen Brief und denjenigen anderer waadtländischer Genossen erhalten, in welchem die Eröffnung einer Debatte zur internationalen Politik der Partei gefordert wird.

Ohne uns über die angewandte Methode oder über die Hintergründe zu äussern, möchten wir Deine Aufmerksamkeit darauf lenken, dass 'die zur Zeit vom Politbüro eingeschlagene Politik', die Du in Frage stellst, jene ist, welche durch unsere Parteitage, durch unsere nationale Parteikonferenz in Regensdorf und durch das Zentralkomitee vom 8. und 9. März definiert wurde, wo nach einer breiten Diskussion eine Erklärung zur internationalen Politik mit 30 Stimmen und 4 Enthaltungen gutgeheissen wurde.

Anlässlich unserer letzten ZK-Sitzung vom 21. und 22. Juni wurde beschlossen, dass die Vorbereitungen zum 12. Nationalen Parteitag, der an Pfingsten 1982 stattfindet, bereits diesen Herbst beginnen sollen. Gemäss den Beschlüssen des 11. Parteitages muss der 12. Parteitag ein neues Programm (oder neue Thesen) und neue Statuten verabschieden. Es scheint uns, dass innerhalb des Rahmens der Vorbereitungen zum 12. Parteitag die Politik der Partei, sei es zu nationalen oder zu internationalen Fragen, neu definiert (bestätigt, verändert, angepasst

etc.) werden sollte.

Die Erarbeitung neuer Statuten gibt anderseits Gelegenheit, den Charakter der Partei, ihre Organisationsprinzipien und ihre Funktionsregeln genauer festzulegen.

In diesem Sinne werden wir Euren Brief den Mitgliedern des Politbüros vorlegen, mit der Empfehlung, ihn an der nächsten ordentlichen Sitzung zu diskutieren. Diese Sitzung findet infolge der Ferien in der letzten Augustwoche oder anfangs September statt.

Mit brüderlichen Grüssen sig. Armand Magnin

*

Anne-Catherine Menétrey
Av. de Morges 13
1004 Lausanne

Lausanne, 30. Sept. 1980

An die Sektion Lausanne der POP Waadt

Liebe Genossen,

Leider ist der Moment gekommen, in welchem ich Euch meine Absicht mitteilen muss, die Partei zu verlassen und meine Demission einzureichen.

Dieser Entscheid ist weder leicht zu fällen noch zu erklären, doch nehme ich an, dass er Euch nicht sehr überraschen wird. Ihr wisst ja auch, dass in der letzten Zeit unsere Meinungsverschiedenheiten sich verschärft haben. Während Jahren habe ich mich, trotz Divergenzen, die zum Teil bedeutsam waren, aus eigenem Willen der Parteidisziplin unterworfen und ich glaube auch, dass ich ihre Standpunkte überall, wo man mich fragte, ehrlich verteidigt habe. Seit einigen Monaten ist mir dies immer schwieriger geworden. Die öffentliche Rolle, welche die Partei von mir einzunehmen verlangte, förderte mein Unbehagen umsomehr, als diese Forderungen mir nicht frei von politischem Opportunismus schienen.

Meine Rücktritts-Absichten gehen schon auf mehrere Monate zurück, insbesondere auf die Zentral-Komitee-Sitzung, die sich mit Afghanistan befasste, auch wenn dies keineswegs der einzige Grund für meine jetzige Meinungsverschiedenheit war. Es schien mir aber, dass ein Rücktritt ohne den vorherigen Versuch, ge-

wisse Dinge noch verändern zu wollen, ein zu grosses Nachgeben der Entmutigung gegenüber wäre. Ihr wisst, dass viele Genossen ähnlich wie ich denken und dass wir, sowohl im Kanton, als auch in anderen Sektionen, nicht wenige sind, die dauernd dafür gekämpft haben, um gewisse Ideen geltend zu machen und eine gewisse Reorientierung unserer Linie zu erreichen. Diese Anstrengungen waren nicht umsonst. Die Plattform 'Besser und Anders leben', die in Regensdorf verabschiedet wurde, ist dafür ein Beispiel. Nur eine persönliche und vielleicht egoistische Entscheidung zu treffen und es anderen Genossen zu überlassen, diese Initiativen weiterzuverfolgen, schien mir feige. Deshalb habe ich auch an der Herstellung und Unterzeichnung des Euch bekannten Briefes an das Politbüro der PdA teilgenommen.

Heute, nach Kenntnisnahme der durch diesen Brief ausgelösten Reaktionen, scheint es mir unmöglich, diesen Dialog unter Tauben, der zu einer Konfrontation zu werden droht, fortzusetzen. Wie dies von beiden Seiten her festgestellt wurde, ist die Situation nun total blockiert. Da ich nicht an den Wert einer durch Appelle an die Disziplin aufrechterhaltene und künstliche Einheit glaube, sehe ich für mich die Notwendigkeit, die daraus hervorgehenden Folgerungen zu ziehen und unseren Kampf getrennt fortzusetzen. Nochmals muss ich betonen, dass dies nicht frohen Herzens geschieht. Ich bleibe meinen Genossen tief verbunden und weiss, dass unsere Divergenzen auf der rein menschlichen Ebene überwunden werden könnten und nicht das Motiv dieses Bruches sind. Aber eine politische Partei ist mehr als nur die Summe der Menschen, die daran teilnehmen. Es gibt einen Augenblick, wo sich die Organisation als sich selber darstellt und ihre Reaktionen sind dann von grundsätzlich anderer Bedeutung.

Im Grunde genommen halte ich es für unnötig, sich nun hier lange auseinanderzusetzen. Unser Brief an das Politbüro ist deutlich genug. Wie ich bereits sagte, ist die sowjetische Intervention in Afghanistan keineswegs die einzige Ursache. Doch zeigt dieses Ereignis in meinen Augen mit einiger Deutlichkeit, was sich abspielt, wenn ein 'sozialistisches' Land eine Politik des Staates und der Macht ausübt, deren Inhalt nicht in erster Linie die Emanzipation der Arbeiter ist. Sich auch weiterhin – und sei es sogar mit Einschränkungen – mit einem solchen Sozialismus solidarisch zu erklären, scheint mir nicht mehr möglich. Mit einer solchen Solidarisierung wird unsere ganze Strategie zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft in der Schweiz verdächtig. Räumen wir dem Staat nicht zu viel Raum ein? Sind wir nicht bereits zu weit auf dem Weg, wo die Bürokratie, die Funktionalität und die Organisation auf Kosten der Freiheit, der Initiativen und durch sie der Emanzipation der Werktätigen-Klasse ein zu grosses Übergewicht erhalten haben? Und weil ich auf diese Fragen "ja" anworten muss, ist es mir schwer geworden, die Haltung unserer Partei zu akzeptieren.

Es kann sein, dass ich mich täusche und dass Ihr recht habt. In jedem Falle bin ich mir bewusst, was ich der Partei zu verdanken habe, ohne welche ich sicher nicht wäre, wer ich bin. Es ist auch wahr, dass mein Wunsch, für eine sozialisti-

sche Gesellschaft zu kämpfen, so stark ist wie je. Ich hoffe, dass die Gelegenheiten, dies gemeinsam zu tun, häufig sein werden und dass Ihr eine solche Zusammenarbeit als möglich und wünschenswert erachten möget.

Ich reiche meine Demission in der Hoffnung ein, dass sie dazu beitragen wird, die Situation zu klären und die gegenwärtige Krise der Partei zu überwinden.

Mit meinen kameradschaftlichen Grüssen

sig. A.C. Menétrey

Kopien an:
– Claude Contini, Sekretär der POP Vaudois
– Raymond Berthoud, Präsident der POP Vaudois
– Armand Magnin, Sekretär der PdA

ANMERKUNG: Anne-Catherine Menétrey war langjähriges Mitglied der PdAS, seit 1965 im Grossen Rat des Kantons Waadt, Mitglied der Kommission für die Totalrevision der Bundesverfassung, Mitglied der Parteileitung des Kantons Waadt und des Zentralkomitees der PdAS.

*

Anne-Catherine Menétrey
Av. de Morges 13
1004 Lausanne

Lausanne, 6. Okt.1980

An den Waadtländer
Grossen Rat

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren

Mit diesem Schreiben möchte ich Sie darum bitten, von meiner Demission aus dem Grossen Rat Kenntnis zu nehmen und mein Mandat zu ersetzen.

Die Gründe, die mich zum Verzicht auf mein Mandat führen, sind zahlreich und nicht alle interessieren diese Versammlung, insbesondere die Meinungsverschiedenheiten, welche mich zu meiner Partei in Gegensatz bringen.

Nach beinahe 15 Jahren, die ich im Grossen Rat teilnahm, empfinde ich ein starkes Bedürfnis zur Erneuerung und ich glaube, dass diese Erneuerung auch für den

Rat notwendig ist. Zu häufig sind die Dinge schon im Voraus festgelegt und die Energien werden verschwendet. Weit davon entfernt, dass die unermüdliche Arbeit der Linken – von der ich glaube, dass sie wichtig ist und war – Ihre Unterstützung findet, gelingt es ihr höchstens, das Malais zu verstärken. Und unsere Herausforderung, wie sie sich in dieser noblen Institution der bürgerlichen Demokratie, dem Grossen Rat ausdrückt, führt häufiger dazu, der Rechten ein gutes Gewissen zu verleihen, statt sie zu beunruhigen.

Das Schlimmste – und dies ist der hauptsächlichste Grund für meine Demission – besteht darin, dass sich die Bürger dieses Kantons je länger je weniger von dem betroffen fühlen, was hier abläuft, dass sie ihm misstrauen oder es ganz ignorieren. Ich mache sie jedoch für diese Unkenntnis nicht verantwortlich. Unsere demokratische Basis zerfranst und ich befürchte, dass sich unsere schönen Reden bald einmal nur noch an uns selber richten. Die Kluft zwischen dem, was seitens der Mehrheit alles geredet wird und den Erwartungen des Volkes scheint mir beträchtlich. Es ist häufig vorgekommen, dass bestimmte Gruppen, Vereinigungen oder Komitees angehört werden wollten. Im Allgemeinen war aber die Mehrheit dieses Parlamentes der Ansicht, dass man sich diesen Anliegen entziehen könnte, sie nicht empfangen müsse. Ihre Weigerung, zu wissen, sich zu informieren und zuzuhören ist einer der traurigsten Aspekte der parlamentarischen Arbeit. Wurde dies bei der Untersuchung über die Führung nicht deutlich genug? Keinerlei Neugier, keine Auseinandersetzung. Nichts! Bequemlichkeit oder blindes Vertrauen... Und wenn sich eine Idee der Linken ausbreitet, weil sie Ausdruck einer sozialen Notwendigkeit geworden ist, deren Bedeutung Sie nicht leugnen können, wie z.B. hinsichtlich der Gleichheit von Mann und Frau, so gibt es immer subtile Möglichkeiten, um sie sich aus politischem Opportunismus anzueignen und sie dann völlig ihres Sinnes zu entleeren.

Meine Demission ist deshalb nicht Ausdruck einer Entmutigung und noch weniger eines Verzichts auf jede politische Aktivität. Im Gegenteil. Wenn ich es als nötig erachte, für eine gewisse Zeit auf die parlamentarischen Reden zu verzichten, so geschieht dies, weil ich mich jenen anschliessen will, die ausserhalb des Grossen Rates für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, für mehr Gerechtigkeit und Freiheit zu kämpfen entschlossen sind. Ich hoffe, mehr Zeit zu finden, mehr Verfügbarkeit und Energie, um mich diesem grundsätzlichen Kampf zu widmen.

Indem ich mich entschuldige, dass ich mit dieser letzten Würdigung Ihre Gewohnheiten ein bisschen durcheinander bringe, entbiete ich Ihnen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, meine besten Grüsse.

sig. Anne-C. Menétrey

"Unruhen in Lausanne"

In einem längeren Artikel über die Jugendbewegung und die Zusammenstösse zwischen Polizei und Demonstranten am 4. Oktober schreibt die "Voix Ouvrière" in den zwei letzten Abschnitten:

"Wir könnten uns heute also weder direkt noch indirekt mit "Lausanne bouge" (Bewegung in Lausanne) solidarisieren – was diese übrigens weder von uns noch von anderen verlangt. Was die zukünftigen Ereignisse betrifft, so behalten wir uns unsere volle Freiheit der Einschätzung und der Stellungnahme vor. In diesem Zusammenhang müssen wir festhalten, dass die PdA durch Anne-Catherine Menétrey nicht mehr engagiert und nicht mehr repräsentiert ist, da diese kürzlich beschlossen hat, auf Grund politischer Differenzen aus der Partei auszutreten.

Die PdA ihrerseits bleibt ihrer Linie treu. Sie wird, durch alle Stürme hindurch, wie bisher, ihren realistischen und verantwortungsvollen Kampf für die Verteidigung der Rechte und der unmittelbaren und längerfristigen Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen fortsetzen, für eine neue Schweiz der sozialen Gerechtigkeit, des Fortschritts und der Freiheit." V.O.

"Voix Ouvrière", 10/16. Oktober 1980, Seite Waadt

*

Pierre Zwahlen
ch. du Mottey
1020 Renens

Renens, den 12. Okt. 1980

POP des Kt. Waadt
Chauderon 5
1003 Lausanne

Liebe Genossen,

Ich bitte Euch, meinen in diesem Brief dargelegten Austritt aus der Partei zur Kenntnis zu nehmen.

Mich auf die Einheit berufend, habe ich bis zur letzten Minute gefordert, dass man jenem Teil der waadtländer Aktivisten Rechnung trage, die eine wirkliche Überprüfung unserer Politik gefordert haben.

Aber erneut hat die Parteileitung jede geringste Konzession ausgeschlossen, sei es in Bezug auf die von 30 der aktivsten Genossen geforderte Reorientierung, sei es bezüglich der ewigen Frage über unser demokratisches Funktionieren.

Wenn ich Bilanz aus 9 Jahren in der POP (PdA), davon vier in der Parteileitung, ziehe, so habe ich das Gefühl, dass die inneren, institutionellen Mittel für eine unerlässliche Erneuerung erschöpft sind (Vorschläge der Sektionen, Versammlung von Aktivisten, Parteitag, Mitbestimmung in den Instanzen, in der Parteipresse etc.). Unsere Programme und selbst unsere Resolutionen werden – ausser in elektoralistischen Phasen – von unserem Parteiapparat, der in seiner Praxis den kommunistischen Konzeptionen der Nachkriegszeit verhaftet bleibt, nicht durchgeführt.

Die Diskussionen in den Aktivisten-Versammlungen zum Beispiel sind nützliche Sicherheitsventile, denn sie gestatten die völlig folgenlosen Äusserungen der nicht einverstandenen Mitglieder, ohne dass sie aber auch nur selten eine Auswirkung auf die weiteren Entscheidungen haben, die sich auf den Willen einer unengagierten Mehrheit abstützen.

Das als 'nicht konform' bezeichnete Vorgehen des Briefes an das Politbüro der PdA wurde erst nach Ausschöpfung aller anderen Mittel gewählt. Die Parteileitung – zumindest deren einflussreicher Teil – hat zum Grundsätzlichen 'nein' gesagt, die Form des Vorgehens aber verurteilt und dies trotz der Proteste auch von Nicht-Unterzeichnern.

Je 'höher oben' die Instanzen sich in der Hierarchie befinden, desto weniger repräsentieren sie leider die Auseinandersetzungen der Mitglieder: vielmehr kommen die verhärteten Abwehrkonzepte der Institution 'Partei' und deren bürokratische Struktur zum Ausdruck.

Verweigert die Partei nicht dauernd, sich an eine verändernde Situation anzupassen?

Ich lehne die Idee eines von der Spitze her realisierten Sozialismus, der sich im Wesentlichen auf den bedeutenden Zuwachs der Staatsmacht abstützt, ab. Mit der Sozialisierung (eher als der Nationalisierung oder Verstaatlichung) der Produktionsmittel scheint mir eine dezentralisierte und selbstverwaltete Gesellschaft die bessere Antwort auf einen sich international verstärkenden und immer mehr zum Polizeistaat werdenden Kapitalismus.

Angesichts der Grossmächte, die den Weltkuchen unter sich aufteilen, dürfen wir uns nicht einfach anschliessen, sondern müssen im Gegenteil die Unabhängigkeit der Völker, die Vielfalt des ökonomischen, politischen und kulturellen Austauschs unter den Völkern verteidigen und eine konkrete Solidarität mit der Dritten Welt finden.

Wir müssen versuchen, die Kräfte all jener mit den Volks- und Gewerkschaftsbewegungen zu vereinigen, die in Bereichen kämpfen, wo die Linke häufig schwere Rückstände zeigt: Ökologie, Atomenergie, Quartierarbeit, alternative Lebensweise, Menschenrechte etc.

Dies setzt aber eine Organisation voraus, die sich weigert, unter dem Vorwand der Einheit, mit einheitlicher Stimme zu sprechen, indem sie jene ausschaltet, welche ihren Reichtum ausmachen (und die bald dazu verdammt werden zu schweigen... oder sich abzusetzen).

So verlasse ich die POP-PST (PdA) aus Gründen, die mit unserer nationalen und kantonalen Politik zu tun haben. Meine Sektion in Renens und einige andere lokale Sektionen haben zwar eine andere politische Praxis, mit der ich mich immer noch solidarisch fühle. Meine Entscheidung – die mir nicht leicht fiel – bezieht sich auf den Zustand der Unbeweglichkeit der Partei, doch ich wünsche auch weiterhin mit Euch, dort wo die Aktion nötig sein wird, zu kämpfen.

In der Hoffnung, dass Ihr diesen zuletzt erwähnten Wunsch teilt, sende ich Euch, liebe Genossen, meine brüderlichen Grüsse.

sig. J.P. Zwahlen

Kopien an: – Sektion POP Renens
– Sekretariat der PST (PdA) Genf

*

Presse-Communiqué 13. Oktober 1980

Im Anschluss an die Pressemitteilung zur Demission von A.C. Menétrey aus der POP-PST (PdA) und aus dem Grossen Rat (Vd) sind die Unterzeichneten der Ansicht, dass sich einige Richtigstellungen aufdrängen. Zunächst sei bemerkt, dass diese Demissionen Resultat eines kollektiven Prozesses sind, in welchem A.C. Menétrey nicht allein steht. Ausserdem sind die Demissions-Gründe politischer und nicht persönlicher oder emotioneller Natur, wie gewisse Verlautbarungen glauben machen könnten.

Die Divergenzen zwischen den Demissionären und der POP-PST (PdA) beziehen sich auf das Funktionieren der Partei (Starrheit des Apparates und eine sich gegenüber den eigenen Thesen zurückziehende politische Praxis), auf die Strategie (Widerstand gegenüber einer Öffnung zu anderen Gruppen oder sektiererartige Einigelung) und auf die ideologische Zielrichtung (zu grosse Gewichtsbeimessung der Staatsgewalt gegenüber, ungenügende Einräumung für die Autonomie von

Kollektiven und für Selbstverwaltung). Die sowjetische Intervention in Afghanistan ist also nicht einziger Gegenstand des Konfliktes: sie ist vielmehr Ausdruck eines Staats-'Sozialismus' bürokratischer und autoritärer Art, der unseren sozialistischen Projekten nicht entsprechen kann und von dem wir uns in aller Deutlichkeit absetzen.

Bei den Demissionären handelt es sich um militante Aktivisten, die den Kampf für den Sozialismus fortsetzen wollen, indem sie sich für eine freiere Gesellschaft, für eine ökonomische Ordnung, welche die sozialen Bedürfnisse in ihrem Mittelpunkt hat und für die Zerschlagung des Kapitalismus einsetzen. Ihre Demission aus der POP-PST (PdA) ist nicht eine weitere Abspaltung; im Gegenteil, sie drückt den Willen aus, sich mit jenen zusammenzuschliessen, die eine tiefgreifende Veränderung der Lebensbedingungen unserer Bevölkerung bekunden. Sie ist Ausdruck einer Anstrengung, die aktiven fortschrittlichen Kräfte in zahlreichen Gruppen zu vereinigen, um ihre Zersplitterung aufzuheben und so besser gegen das Ohnmachtsgefühl vieler Bürger zu kämpfen, welche sowohl den Parteien im allgemeinen, aber auch den Institutionen der bürgerlichen Demokratie misstrauen.

Jean-Marc Beguin
Pierre Zwahlen
Anne-Catherine Menétrey

*

Stellungnahme des Sekretariats der PdAS

Dieser Brief stellt wesentliche Probleme und übt an den leitenden Instanzen der Partei Kritik, die zu den folgenden ersten Bemerkungen Anlass geben:

Zu unterstreichen ist zuerst, dass die im Brief gegebene Einschätzung der Entwicklung der internationalen Lage, der Politik der sozialistischen Staaten, im besonderen der Sowjetunion, das Ergebnis einer schematischen und irrtümlichen Analyse ist, die die Realitäten und die Komplexität der internationalen Lage ignoriert, die wesentliche Rolle der sozialistischen Staaten im revolutionären und antiimperialistischen Kampf im Weltmassstab in vereinfachender Art durch eine Konfrontation geographischer Art ersetzt.

Zu unterstreichen ist weiter, dass die Gesamtheit der in diesem Brief gestellten Probleme Gegenstand von breiten Diskussionen in den Instanzen der Partei, Parteitag, Parteikonferenz, Zentralkomitee waren und immer, wenn es nötig wird, sein werden. Es sind diese Instanzen, die auf allen Gebieten demokratisch die Politik der Partei bestimmen. Wir erinnern zum Beispiel daran, dass im März das Zentralkomitee während zwei Tagen die internationale Lage diskutiert hat, dass alle Mitglieder des Zentralkomitees an der Diskussion teilgenommen und

mit 30 Stimmen bei vier Enthaltungen einer Resolution zugestimmt haben. Das Politische Büro ist um eine korrekte Durchführung dieser Politik bemüht.

Dieser Brief enthält einige mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmende Behauptungen über die Politik der Partei. Entgegen dem, was die Autoren schreiben, hat sich die Partei der Schweiz nie mit jemandem gleichgeschaltet und sich nie auf ein ausländisches Modell bezogen (alle Parteidokumente und die Praxis der Partei beweisen dies); aber die Partei will auch niemandem ein Modell aufzwingen.

Die Partei der Arbeit der Schweiz lässt sich bei ihrer Tätigkeit vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten und bestimmt, wie ihre Thesen von 1971 erklären, "ihre Politik und die Formen und Methoden ihres Kampfes in vollkommener Unabhängigkeit, entsprechend der Lage und den Kampfbedingungen in unserem Lande. Sie lässt sich leiten von den Bestrebungen und den Forderungen des arbeitenden Volkes, von dem sie selbst ein Teil ist, Ihre Interessen stimmen mit den Interessen des Volkes überein."

Entsprechend dem Willen ihrer Mitglieder ist die Partei der Arbeit auch internationalistisch, in kritischer Weise solidarisch mit allen revolutionären und fortschrittlichen Kräften, die in der Welt für die Beendigung der imperialistischen Herrschaft, für die Freiheit, die Unabhängigkeit, den Frieden und den Sozialismus kämpfen.

Das Zentralkomitee hat am vergangenen Wochenende den früheren Beschluss bestätigt, ohne Verzug den nächsten Parteitag, der statutengemäss 1982 durchgeführt wird und Programm und Statuten überprüfen wird, vorzubereiten. Die Politik der Partei, ihre Organisation und ihr Funktionieren werden Gegenstand einer breiten Diskussion sein, bevor der Parteitag ein weiteres Mal die Politik der Partei und den Charakter der Parteiorganisation festlegen wird.

Sekretariat PdAS

Veröffentlicht im: "Vorwärts" 16. Oktober 1980

Anmerkung: Mit dieser Erklärung wurde gleichzeitig folgender Kommentar zur Zentralkomitee-Sitzung vom 11./12. Oktober veröffentlicht: "Das Zentralkomitee hat ein von dreissig Genossen aus der Westschweiz unterzeichnetes Schreiben an das Politische Büro sowie vom Austritt von drei Unterzeichnern, darunter Anne-Catherine Menétrey, aus der Partei ausführlich diskutiert und beschlossen, das Wesentliche dieses Schreibens mit einem kurzen Kommentar zu veröffentlichen. In diesem Brief heisst es unter anderem:"

Es folgt der Brief, der in unserem Dossier zur Einleitung steht, dabei fehlen der erste und der letzte Abschnitt des Briefes. (Red.)

Zu den Austritten
(Internes Bulletin der POP Waadt)

Die Presse hat insgesamt ausführlich von den Austritten von Anne-Catherine Menetrey (Lausanne Nord), Jean-Marc Béguin (Lausanne Nord) und Pierre Zwahlen (Renens) gesprochen, denen diejenigen von Catherine Zwahlen-Masson (Renens), Michel Fleury (Yverdon) und Sylvie Grobéty (Lausanne West) hinzugefügt werden müssen.
Gleichwohl ist es nötig, die Ereignisse kurz zusammenzufassen.

Im Laufe des Juni haben 29 Genossinnen und Genossen der POP Waadt (5 von Yverdon, 4 von Renens, 3 von Nyon, 2 von Pully, 12 von Lausanne Nord, 1 von Lausanne Ost, 1 von Lausanne West und 1 von Lausanne Süd) einen petitionsartigen Brief unterzeichnet und diesen an das Politische Büro der PdAS geschickt. Sie verlangten eine Veränderung der Politik der Partei in verschiedenen Punkten, vor allem bezüglich der Solidarität mit den sozialistischen Staaten, ebenso wie hinsichtlich der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Einige Unterzeichner erklärten, nicht dem ganzen Brief zuzustimmen, mehrere hatten den letzten Abschnitt gestrichen, der in gewissem Sinne eine Erpressung mit dem Austritt enthielt (s. Voix Ouvrière 41, 17/23 oct., Seite 8).

Anfangs Juli schickte das Sekretariat der PdAS jedem Unterzeichner einen Brief, der den Eingang des Schreibens bestätigte. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass der Vorstoss den Organisationsprinzipien der Partei widerspreche (vorgenommen ausserhalb der verschiedenen Instanzen und ohne Information der Parteileitung) und antidemokratisch (der Brief wurde nur bestimmten Genossen vorgelegt) sei, es wurde auch angekündigt, dass sich in der Partei zur Vorbereitung des nächsten nationalen Parteitages 1982 eine breite Diskussion entwickeln werde.

Die Parteileitung der POP Waadt beschloss am 2. Juli, nicht auf diesen formalen Fragen zu bestehen und in der Partei eine breite Diskussion zu eröffnen, dies auf der Ebene der Sektionen und, wenn nötig, in einer Mitgliederversammlung; diese Diskussion sollte in erster Linie über unsere Beziehungen zur internationalen Arbeiterbewegung und den sozialistischen Staaten geführt werden.

Ein Rundschreiben wurde daraufhin allen Sektionspräsidenten zugestellt, mit dem Ziel, sie über die Situation zu informieren und sie zu bitten, eine Sektionsversammlung im Laufe des Septembers vorzusehen, der Kantonalsekretär stehe zur Verfügung, um einen einleitenden Bericht abzugeben.

Einige Sektionen sind diesem Wunsch nachgekommen; diejenigen von Renens und Lausanne, nachdem sie gefunden hatten, dass sie sich in ihren Versammlungen zu wenig hätten einbringen können, forderten die Einberufung einer kantonalen Mitgliederversammlung.

In der Sitzung vom 26. September hat die Parteileitung diesem Gesuch stattgegeben, indem sie eine Mitgliederversammlung auf den 14. November ansetzte.

Am 2. Oktober erhielt das Sekretariat das Austrittsschreiben von Anne-Catherine Menétrey. Zuvor hatte sie, am 16. September, der Gruppe des Kantonsparlamentes ihren Beschluss mitgeteilt, auf Ende der Novembersession das Parlament zu verlassen.

Am 9. Oktober meldete die bürgerliche Presse den Austritt A.-C. Menétrey; in den folgenden Tagen kamen dem Sekretariat drei weitere Austritte zu, die beiden übrigen wurden in den vorhergehenden Wochen an die Sektionen Renens und Yverdon gesandt.

Am 13. Oktober hielt die Parteileitung eine gemeinsame Sitzung mit dem Vorstand der Sektion Lausanne ab, in der entschieden wurde, eine genaue Information mit diesem internen Bulletin abzugeben und die begonnene Diskussion fortzuführen.

Am 15. Oktober hat das Sekretariat die Presse über ihren Standpunkt der Situation in der POP Waadt informiert.

Bericht des Genossen Raymond Berthoud, Kantonalpräsident, anlässlich der Pressekonferenz der POP Waadt, am 15. Oktober

Der Austritt von A.- C. Menétrey ist nicht eine eigentliche Überraschung, weil er das Ende von zunehmenden Differenzen über grundlegendste Punkte mit der Politik einer kommunistischen Partei ist.

Drei grosse Fragen sind Ursprung dieser tiefen Differenzen, die man kurz wie folgt zusammenfassen kann:

a) Rolle und Wesen des Imperialismus

Um eine simplifizierende Formulierung eines Journalisten aufzunehmen, steckt A. - C. Menétrey die USA und die UdSSR in den selben Sack. Der POP teilt diese Ansicht nicht. Gewiss sind dies zwei Mächte, die den Kampf um den Einfluss auf Weltebene führen; dies nicht nur auf der Ebene des Klassenkampfes, denn die UdSSR ist keine philantropische oder humanitäre Organisation, sondern ein Staat, der den durch seine eigene Entwicklung bedingten Anforderungen Rechnung tragen muss; dennoch sind die Ziele der internationalen Politik der UdSSR verschieden von denjenigen der USA und ihrer multinationalen Konzerne, und die Ergebnisse dieser zwei verschiedenen Politiken sind sehr oft diametral entgegengesetzt. Ein bezeichnendes Beispiel: Wenn die Völker der Dritten Welt einen Prozess der Dekolonisierung gegen die imperialistischen Kräfte durchsetzen konnten, so ist dies dank der Existenz der UdSSR und der sozialistischen Staaten möglich geworden, die eine objektive Realität bilden, ob man dies nun will oder

nicht, eine Realität, die das Kräfteverhältnis in der Welt gegenüber der Zeit vor dem 2. Weltkrieg vollständig verändert hat.

b) Die Rolle des Staates

ACM sieht einen Widerspruch in unserem Kampf, dass wir dem Staat mehr Aufgaben anvertrauen wollen, während wir gleichzeitig für den Kommunismus kämpfen, was das Absterben des Staates beinhaltet und bedeutet, dass die Menschen ihr eigenes Geschick in Kollektiven in die eigene Hand nehmen. Für den POP ist dieser Widerspruch nur ein scheinbarer: Die Errichtung des Kommunismus ist ein sehr langfristiges Ziel, kein sozialistischer Staat hat bisher dieses Entwicklungsstadium erreicht. Die Schweiz ist weit davon entfernt! Wenn wir vorschlagen, auf den Staat, auf die öffentliche Hand zurückzugreifen, geschieht dies in der gegenwärtigen Gesellschaft mit dem Ziel, die Macht des Kapitals einzuschränken oder eine öffentliche Kontrolle über gewisse wirtschaftliche Prozesse (in diesem Sinne verlangen wir die Nationalisierung der Energiewirtschaft) zu erreichen. In anderen Bereichen erlaubt der Rückgriff auf den Staat, mittels der Steuern und der Sozialleistungen, die schreienden Ungerechtigkeiten, die die Verteilung des Reichtums und der Einkommen darstellt, ein wenig zu korrigieren. Der Rückgriff auf den bürgerlichen Staat liegt deshalb auf der strategischen Linie der Verteidigung der Interessen der Werktätigen. Unsere Gegner, die ihr "Nein allem Staatlichen" entgegenrufen, haben dies sehr gut verstanden.

c) Konzeption und Rolle der Partei

Für ACM muss die Partei ein Ort ständigen Meinungsaustausches sein, eine Struktur, in der sich verschiedene "Einflussgruppen" begegnen, eine Art Vorwegnahme der pluralistischen Gesellschaft, die wir aufbauen wollen. Für uns ist die Partei ein Kampfinstrument, das sich auf die Wirksamkeit in der Verteidigung der gewählten Ziele richtet; dies erfordert einen bestimmten Konsens, eine gewisse Identität der Sichtweise der Mitglieder. Aber dies bedeutet nicht, dass die Mitglieder Roboter sind. Die Komplexität der internationalen Situation, verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Probleme machen Meinungsunterschiede und die Existenz verschiedener Strömungen, die das Leben der Partei bereichern können, unausweichlich. Aber es ist nötig, dass nach einer Diskussion, die so breit wie möglich geführt werden soll, sich die Minderheit den gefällten Entscheiden unterzieht und nicht die Durchsetzung der Beschlüsse hintertreibt.

Eine solche Notwendigkeit ist übrigens jeder Organisation, die wirksam sein will, eigen.

Wenn man diesen Differenzen, denen sich noch andere, die sich auf die Prioritäten im Kampf beziehen, anfügen, betrachtet: was konnte geschehen? Nach Meinung von ACM war es ihr nicht mehr möglich, eine Politik öffentlich zu verteidigen, zu der sie in wachsender Differenz stand. Nach unserer Meinung war es nicht im Interesse der Partei, dass eine der wichtigsten Sprecher/innen beginnt, zwiespältige Positionen einzunehmen: man kann nicht, um ein Beispiel zu nennen, die Öffentlichkeit um die Parteien herum mobilisieren, indem man diese für

überflüssig und ungeeignet erklärt.

ACM wollte das Problem wie folgt stellen: entweder ändert die PdAS ihre Politik oder ich trete aus.

Man versteht leicht, dass es nicht genügt, dass ein Mitglied, sogar ein wichtiges, die Änderung der Politik verlangt, damit man sofort einen nationalen Parteitag einberuft. Vor allem dann, wenn man weiss, dass der nächste statutarische Parteitag genau die Überarbeitung der Thesen der PdAS von 1971 zum Ziel haben wird, von denen einige im Verhältnis zum Aktionsprogramm von 1979 überholt sind.

Das politische Büro konnte nicht mehr tun, als den Unterzeichnern des Briefes, dessen Verfasserin ACM war, mit dem Vorschlag, noch dieses Jahr mit der Vorbereitungsdiskussion für den Kongress zu beginnen, zu antworten.

ACM hat gleichwohl entschieden, auszutreten. Dieser Austritt ist gewiss ein Verlust für den POP, auf Grund der Person von ACM und der aktiven Rolle, die sie spielte. Er hat vielleicht zum Verdienst, eine gewisse Klarheit in die gegenwärtige Situation zu bringen und vor allem wird er nichts an der Entscheidung ändern, eine breite Vorbereitungsdiskussion auf den Kongress hin zu führen.

In diesem Zusammenhang muss man die Tatsache festhalten, dass die Diskussionen im POP nie aufgehört haben. Wenn wir auch die Entscheidung der Austretenden verstehen, so können wir den Vorwurf, den sie uns macht, ihren Meinungen eine "bürokratische Mauer" entgegenzusetzen, nicht hinnehmen. Als Mitglied des ZK, der Parteileitung des POP VD hatte sie mehr Möglichkeiten, ihre Meinungen zu vertreten als ein Basismitglied. Sie war aber häufig eine Minderheit, manchmal sehr isoliert, aber dies bedeutet nicht, dass sie auf eine Mauer von Unverständnis und Immobilismus gestossen ist.

Übrigens wurden ihre Vorschläge in der Parteileitung häufig angenommen. Sie hat vor allem eine sehr breite Diskussion über die Konzeption der Partei, was ihr sehr wichtig ist, durchsetzen können. Diese Diskussion hat in einer generellen Zustimmung zu den oben erwähnten Prinzipien geendet. ACM wurde in diesem Punkt nur von einer Handvoll Genossen gefolgt.

Im Parlament konnte sie immer auf die einstimmige Unterstützung der Gruppe zählen, sogar wenn einige ihrer Mitglieder nicht dieselben Probleme und Prioritäten teilten. Eine solche Unterstützung ist in unseren Augen normal, jeder hofft darauf, dass eine Aktion, nachdem sie von der Gruppe beschlossen worden ist, von der ganzen Gruppe unterstützt wird, die ohnehin nicht sehr gross ist! Dies ist eine Frage der Solidarität und nicht des Monolithismus.

In Zukunft wird die Partei in der Waadt die Diskussion fortsetzen, sie auf natio-

naler Ebene mit der Vorbereitung des Kongresses beginnen.

Sie wird sich vor allem bemühen, ihre politische Aktion hervorzustellen, im Interesse der Arbeiterklasse, die nichts mythisches ist, sondern sehr real, mit allem was ihre Ausbeutung betrifft, wovon uns die unleugbare Apathie unsere Aufgabe erschwert, aber uns keineswegs entmutigt, im Dienste der Werktätigen – einen Begriff den wir lieber gebrauchen, weil er die verschiedenen Kategorien von Arbeitern besser fasst – im Dienst aller unterprivilegierten sozialen Schichten. Es ist unvermeidlich, dass sie dazu Prioritäten und Entscheidungen fällen muss. Sie wird auf treue Mitglieder zählen können, von denen viele, vor allem die Arbeiter, nicht so sehr Diskussionen, sondern Aktionen verlangen.

Auf diese Ausführungen von Raymond Berthoud folgten zahlreiche Fragen von Seiten der Journalisten, die, für einmal, in Scharen gekommen waren...

Es wurde präzisiert, dass die Partei den verschiedenen sozialen Schichten, die verschiedene Diskriminierungen zu ertragen haben oder denen sich spezifische Probleme darstellen würden, nicht ihre Unterstützung entzieht; dass sie ihre Haltung von Fall zu Fall und unter Beachtung ihrer Kräfte entscheide, und dass sie im Zentrum ihrer Aktivitäten die Verteidigung der Interessen der Werktätigen bewahre. Was sich in der Formel zusammenfassen lässt: Die Schwierigkeit, die Arbeiter zu bewegen, darf nicht zur fatalen Konsequenz führen, sich auf alles, was sich auf anderer Ebene bewegt, zu stürzen...

Die Diskussion geht weiter!
Eine kantonale Mitgliederversammlung wird in Lausanne, Freitag, den 14. November um 20.00 Uhr stattfinden.

Die Diskussion, eingeleitet durch den Genossen Karl Odermatt, Mitglied des nationalen Sekretariats, wird geführt über das, was die Solidarität der PdAS mit der UdSSR und der sozialistischen Welt sein kann und muss.

Für ein offenes Klima!
Die Parteileitung wird sich bemühen, der Diskussion einen Geist der Öffnung zum Dialog zu geben. Sie erwartet von den Mitgliedern, welche auch ihre Position sein möge, eine freundschaftliche Atmosphäre, die einschliesst, dass man damit aufhört, sich gegenseitig als "Gauchist" (Linksradikaler) oder "Stalinist" zu behandeln. Dieser Typ von Etikettierung dürfte kaum Klarheit in die Diskussion bringen.

Ende Oktober 1980

*

PARTITO TICINESE DEL LAVORO
Postfach 154
6904 LUGANO

Lugano, den 23. Oktober 1980

An das POLITBÜRO
der
PARTEI DER ARBEIT DER SCHWEIZ
Genf

Liebe Genossen,

an seiner Sitzung vom 15. Oktober 1980 hat das Kantonal-Komitee des Tessiner Partito del Lavoro eine ausführliche Diskussion zur Angelegenheit der Waadtländer Genossen geführt, die sich aus Protest über die mangelnde Reaktion des Politbüros auf ein von ihnen versandtes Schreiben aus der Partei zurückgezogen haben.

Im Laufe dieser Diskussion, deren Verlauf engagiert und von einer Objektivität, sowohl der Partei als auch den dissidenten Genossen gegenüber, getragen war, kamen wir zum Entschluss, das Politbüro einzuladen:

1. *eine* **Standortbestimmung** *über die stimmungsmässigen und politischen Verhältnisse der Partei in den verschiedensten Landesregionen durchzuführen und zwar durch fähige Genossen, die sich mit den kantonalen Sektionen in Verbindung setzen und sich mit den verantwortlichen Aktivisten der Sektionen und Lokal-Gruppen treffen sollen.*
2. *auf den* **Frühling eine Sitzung des Zentralkomitees** *einzuberufen, um die Daten dieser Untersuchung und eines politischen und organisatorischen Rapportes zu diskutieren, welcher vom Politbüro oder durch dessen Sekretariat vorgelegt wird.*

Dieser Vorschlag, der, bis auf eine Enthaltung und eine Gegenstimme, von unserem Kantonal-Komitee einstimmig gutgeheissen wurde, entsteht aus dem Wissen heraus, dass ein Zustand der Enttäuschung, der Desorientierung und des Rückzuges aus der Militanz möglicherweise nicht nur im Tessin oder in der Waadt, sondern auch in anderen kantonalen Sektionen sich ausbreitet. Gleichzeitig befürchten wir, dass sich diese Situation in den beinahe 2 Jahren bis zum Nationalen Parteitag, noch weiter ausbreiten könnte.

Unser Kantonal-Komitee ist der Ansicht, dass ein gründliches Nachdenken des Zentralkomitees über die wirklichen Verhältnisse in der Partei und die Aufnahme möglicher Vorschläge zur Verbesserung des inneren Parteilebens, die gemäss den Statuten auch ohne Abwarten des Nationalen Parteitages erlassen werden könn-

ten, es im Rahmen des möglichen vermeiden liessen, dass sich Zwischenfälle wie diejenigen im Waadtland wiederholen. Nach der Meinung vieler unserer Genossen hätten diese sich durch eine bessere Interventionsbereitschaft des Politbüros möglicherweise vermeiden lassen können.

Mit brüderlichen Grüssen

Für die Leitung der Partito
ticinese del Lavoro, der Sekretär

sig. S. Gilardoni

Kopie zur Kenntnisnahme an die Sektions-
Sekreatriate von ZH, BS, NE, VD und GE.

ANMERKUNG: Auf Grund dieses Vorstosses der Tessiner Sektion der PdA finden zur Zeit in allen kantonalen Sektionen Erhebungen über die zentralen politischen Diskussionen und die Qualifizierung der Genossinnen und Genossen statt.

*

Text verfasst für 'Tout va bien' 24. Oktober 1980

Anlässlich der Ankündigung unserer Demission aus der POP-PST (PdA) hat uns die grosse Presse ihre Spalten weit geöffnet. Noch nie zuvor hatte unsere militante Arbeit in vielen Jahren ein ähnliches Echo gefunden! Aber dieser Eifer, sich mit den Krisen der Linken zu befassen, scheint uns verdächtig, insbesondere wenn einige Journalisten die durch den Verlust von Aktivisten entstehende mögliche Schwächung der Linken herausstreichen. Angesichts solcher Interpretationen scheint es uns wichtig, unsere Kraft, die Dynamik unserer Bewegung und unsere Entschiedenheit, den Kampf weiterzuführen, zu betonen.

Auch andere Missverhältnisse müssen ausgeräumt werden.

Nach Ansicht einiger seien wir bereit, die Arbeiterklasse 'im Stich zu lassen', um uns den 'Randgruppen' anzuschliessen. Als ob dies eine Frage der Wahl oder der möglichen Gegnerschaft sei! Diejenigen, die heute zu den Randgruppen gehören, sind nicht irgendwelche unangepasste Grüppchen: es ist, in einem gewissen Sinne, viel eher die Mehrheit der Bevölkerung. Die Jungen z.B. sind durch Arbeitslosigkeit und fehlende Berufswahl-Möglichkeiten häufig 'marginalisiert'. In der Arbeitswelt sind Frauen oder die Immigranten und insbesondere ihre Kinder, selbst als zukünftige Schweizer Bürger, ebenfalls 'marginalisiert' und gehören zu den Unterprivilegiertesten. Mit diesen 'Randgruppen' zu kämpfen heisst, für die Emanzipation der ganzen Arbeiterklasse zu kämpfen. Es gibt da keine Aus-

schliessungen: auch die Arbeit zusammen mit den Arbeiter-Organisationen und den Gewerkschaften bleibt wichtig, selbst wenn man darauf verzichtet, aus der Lohnarbeit einen Universalwert und die einzige Garantie der Revolution zu machen und gleichermassen die Bemühungen für eine bessere Lebensqualität berücksichtigt.

Man hat auch gesagt, unsere politischen Pläne seien paradox, utopisch oder illusorisch, wenn wir uns zum Ziel setzen, Gruppen miteinander zu vereinigen, die dies per definitionem gar nicht möchten. Aber 'vereinigen' hat für uns nie geheissen, uns als grosse und paternalistische Versöhner aufzuspielen, welche darum bemüht sind, die Leute bei der Hand zu nehmen, um sie an den Ort der grossen Versammlungen hinzuführen! 'Vereinigen' bedeutet vielmehr, das Echo der Auseinandersetzungen und des Wunsches nach Veränderung aufzunehmen und vor allem die Ähnlichkeiten und die gemeinsame Grundlage herauszustellen. In diesem Sinne betrifft die Einheit ebensosehr die Inhalte, die Handlungs-Perspektive wie auch die Menschen, die daran engagiert sind. Aus diesem Grunde entsteht die Notwendigkeit, Ziele zu definieren. Damit beschäftigen wir uns und ganz im Gegensatz zu dem, was hier und dort zu lesen war, ist unser Projekt weder diffus, noch beschränkt es sich darauf, sich mit allem mitzubewegen, was sich bewegt!

Wir wollen weder Manipulatoren, noch Spontaneisten, noch Parasiten sein! Wir wissen sehr gut, dass ein revolutionäres Projekt einer Organisation bedarf, die die Veränderung höher hinauf und weiter führt, als dies in den Quartieren oder 'alternativen' Kollektiven geschieht. In einer Zeit der sich atomisierenden Gesellschaft, in welcher sich die Zerstückelung von Arbeit und Produktion (selbst im internationalen Bereich) verschärft, wird die 'Sammlung' und Organisation des politischen Kampfes zur vitalen Notwendigkeit. Wir wissen aber auch, dass man sich davor hüten muss, die politische Organisation bis zu einem Punkte hin erstarren und institutionalisieren zu lassen, wo ihr eigenes Funktionieren wichtiger wird als ihre politischen Ziele.

Unsere Demission ist auch Ausdruck des Suchens nach einer neuen Dynamik und nach einer neuen Strategie des Bruches mit allem was sich versteift und sich institutionalisiert. In einer gewissen Weise haben wir den Guerilla-Kampf gewählt: dass die Bewegung überall sei, an Orten und in Formen, wie sie nicht erwartet wird, überall wo sie stört und wo sie das geringste Risiko eingeht, aufgerieben zu werden.

Wenn wir schliesslich ins Zentrum unserer Interessen die Selbstverwaltung und die Autonomie von Kollektiven und ihre Einflussnahme auf Teile der Lebens- und Arbeitsbedingungen stellen, heisst dies nicht, dass wir am Staat in seiner globalen Auswirkung kein Interesse hätten. Die Partisanen des politischen und ökonomischen Liberalismus, die sich darüber freuen würden, wenn sie uns den Hass auf den Staat proklamieren hörten und die uns schon die Hand hinstreckten, werden vergeblich darauf spekulieren! Es ist klar, dass der Staat ein notwen-

diges Instrument ist, um Dinge zu bewältigen, die in kleinerem Masstab nicht angegangen werden können. So kann das Privateigentum der Produktionsmittel z.B. nur durch Interventionen auf diesem Niveau aufgehoben werden. Der Staat ist aber nie mehr als die Verwirklichung von Kräfteverhältnissen – er widerspiegelt die Kämpfe, die sich in einer Gesellschaft abspielen. Ist die Gesellschaft aktiv und lässt sie sich weder ihrer Macht berauben, noch delegiert sie diese definitiv an andere, so entspricht die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Übernahme der Lebensbedingungen durch die Menschen selber einer Umverteilung der Staatsmacht.

Dies also sind die Grundlinien unserer Überlegungen und unserer Pläne. Wenn sich die Aufregungen um die Krise der POP (PdA) einmal gelegt haben, freuen wir uns auf die Fortsetzung unserer politischen Aktion – genau wissend, dass das Schwierigste erst noch zu machen ist.

sig. Sylvie Grobéty, Jean-Marc Beguin, Anne-C. Menétrey, Pierre Zwahlen

*

Zu den Austritten einiger Genossen der Sektion Waadt der PdAS

Der nachfolgende Beitrag ist dem "Lavoratore", dem Organ der PdA Tessin entnommen. Voraus geht diesem das SDA-Communiqué vom 13. Oktober und der Brief der 30 an das Politische Büro.

Das SDA-Communiqué stellt zuerst fest, dass die 30 Genossinnen und Genossen den Brief an das Politische Büro geschrieben haben, mit der Bitte um Diskussion der Parteilinie. Nach der Ablehnung einer materiellen Diskussion seien sechs Mitglieder ausgetreten. Drei der Ausgetretenen – Anne-Catherine Menétrey, Pierre Zwahlen und Jean-Marc Béguin – hätten der Presse gegenüber erklärt, dass solche Interventionen seit Jahren in der PdA vorkämen, aber immer vergeblich seien und deshalb, auch in deren kantonalen Sektionen, weitere Austritte zu erwarten seien. Es handle sich nicht um einen organisierten Austritt, aber um einen kollektiven Prozess, erklärte Anne-Catherine Menétrey, die sich den Positionen Elleinsteins nahe fühle. Die Differenzen zwischen den Ausgetretenen und der Partei seien wesentlich politischer Art, die vor allem auf dem starren Funktionieren der Partei, auf ihrem Sektierertum und auf ihrer Ideologie, die dem "Zentralismus" ein zu grosses Gewicht einräume, beruhen. Die Partei liesse der Autonomie der lokalen Körperschaften und der Selbstverwaltung zu wenig Raum und ziele auf einen bürokratischen und autoritären "Sozialismus" hin. Die sowjetische Intervention sei nur der Tropfen gewesen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hätte.

Wir möchten unsererseits, aus Tessiner-Sicht hier einige Anmerkungen beifügen.

1. *Wenn die politische Auseinanderentwicklung unausweichlich ist, müssten Austritte aus einer Partei eine normale Handlung sein, genau so wie der Beitritt, welcher die Annahme ihres Programms voraussetzt. Eine Dramatisierung nützt niemandem und Berichte wie jene der SDA bewirken nichts Posivites, weder für die Partei noch für den Kampf, welchen die Ausgetretenen möglicherweise im Bereich der Linken führen möchten.*

2. *Es ist nicht zu leugnen, dass, wenn auch auf Grund verschiedener Faktoren mit Verzögerungen, ein Prozess der umfassenden Revision der Politik der PdA im Gange ist, mindestens seit dem XI. Parteitag im Jahre 1978, als ausdrücklich die Notwendigkeit eines generellen Überdenkens der programmatischen Thesen 1971 formuliert und eine Statutenreform durch eine Entschliessung jenes Parteitages beschlossen wurde.*
Und es ist ebenfalls nicht zu leugnen, dass einige besonders kontroverse Themen Gegenstand einer breiten internen dialektischen Diskussion, sowohl in Regensdorf im Jahre 1979 und an verschiedenen Sitzungen des Zentralkomitees, als auch in den Kantonalsektionen auf Verlangen desselben Zentralkomitees, gewesen sind (zum Beispiel über die Energiepolitik).

3. *Es ist aber auch nicht zu leugnen, dass die Verzögerung dieses Prozesses des Überdenkens sich als inadäquat erwiesen hat gegenüber der Beschleunigung der internen Unruhe, Desorientierung und Divergenz – eine Beschleunigung, die in Beziehung zu setzen ist mit den Wahlniederlagen des Jahres 1979, mit der Verschärfung der internationalen Krise (Afghanistan inbegriffen) usw.*

4. *Dieser Beschleunigung der Probleme sind wir uns besonders in der tessiner Kantonalsektion bewusst gewesen, als wir beschlossen, unseren nächsten kantonalen Parteitag über Themen wie der Weg zum Sozialismus und die Bündnisse in der Linken zu organisieren, indem wir einige Aspekte unserer Politik vorwegnahmen, welche auch im Zentrum der Debatten des nationalen Parteitages sein werden; dies, nachdem wir ohne Erfolg in den nationalen Gremien um eine Vorverlegung des nationalen Parteitages in Bezug auf den vierjährigen Rhythmus wie von den Statuten vorgesehen, nachgesucht hatten.*

5. *Alle Genossen müssten nun ihre Energie für die Teilnahme an der Vorbereitungsphase der nächsten kantonalen (1981) und nationalen (1982) Parteitage einsetzen. Aus einer Debatte und einem demokratischen Vergleich der Meinungen, welcher ruhig geführt und in der Absicht, die Politik und die Organisation unserer Partei besser den Zielen einer sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft und dem historischen Moment anzupassen, wird unsere Partei eine festere Grundlage wiederfinden können, um ihrer Aktion neue Wirkungskraft und Erfolg zu verleihen.*

"Il lavoratore" 25.10.80

silvano gilardoni

Resolution der PdA vom 6. November 1980

PdA Bern zu den Fragen des Parteilebens

Mit grossem Bedauern haben wir den Parteiaustritt von sechs aktiven Genossinnen und Genossen im Kanton Waadt zur Kenntnis genommen.

Auch wir in Bern finden, dass über unser Parteileben und unsere Stellung zu internationalen Fragen eine ständige Diskussion geführt werden muss. Solche Fragen können schon im Hinblick auf den historischen Materialismus nie als abgeschlossen gelten. Deshalb sind wir überrascht, dass der Brief der dreissig Genossinnen und Genossen zuerst in unserer Parteipresse nicht veröffentlicht wurde.

Wenn dreissig Genossinnen und Genossen einen Brief schreiben und die Veröffentlichung verlangen, so ist es doch selbstverständlich, dass dieser Brief in unserer Presse erscheint.

"Die Arbeiterbewegung beruht auf der schärfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft, Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatte verbieten wollen? Verlagen wir denn von andern das freie Wort für uns bloss, um es in unsern eigenen Reihen wieder abzuschaffen?" (Friedrich Engels, Brief an Gerson Trier, 18. Dezember 1889, MEW 37, Seite 328.)

Eine offene und auch öffentlich geführte Diskussion über Fragen des Parteilebens und der internationalen Politik ist sicher die beste Möglichkeit, stärker und fähig zu werden, Konflikte zu lösen.

Wir erwarten von unserer Parteileitung, dass sie der Basis in den Sektionen im Hinblick auf den 12. Parteitag genügend Zeit und Raum lässt, die Programm- und Statutenfragen gründlich zu diskutieren. Nur so können ja demokratische Entscheide zustande kommen. Beginnen wir sofort nach der nächsten ZK-Sitzung damit.

PdA Bern

Veröffentlicht im "Vorwärts", 20. November 1980

*

Sektion der PdA Bern
Genf, 17. November 1980

Liebe Genossen

Ich habe Eure Resolution "Über Fragen des Parteilebens" erhalten. Diese Resolution, der ich meine ganze Aufmerksamkeit gewidmet habe, veranlasst mich zu folgenden ersten Bemerkungen.

Es ist selbstverständlich, dass wir niemals ein für allemal alle Probleme beantwortet haben, die sich uns stellen, weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene, und eine kritische und selbstkritische Diskussion muss stattfinden. Muss sie "permanent" sein? Man muss wissen, was man darunter versteht. Das ZK hat z.B. am 8./9. März zwei Tage lang die internationale Lage diskutiert (an dieser Diskussion nahmen alle Mitglieder des ZK teil) und eine Erklärung mit 30 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Muss man am Tag nach dem ZK eine permanente Diskussion in der Partei über diesen Punkt führen?

Ich erinnere daran, dass seit unserem letzten Kongress, der vor 2 1/2 Jahren abgehalten wurde, das ZK 8 Mal getagt hat, meistens während zwei Tagen; dass wir weiter eine zweitägige nationale Konferenz abgehalten haben, bei deren Vorbereitung die Genossen sehr breit beteiligt waren, dass während dieser zwei Tage eine breite Diskussion stattfand, an deren Ende ein politisches Aktionsprogramm angenommen wurde. Und lediglich zur Erinnerung erwähne ich die Kurse, die in Mürren und anderswo stattfanden.

Dies alles zeigt, dass auf der Ebene der nationalen Instanzen die Diskussion nie aufhörte und wenn man diejenigen zufügt, die sich in den Sektionen abspielen, kann man bestätigen, dass in der Partei viel diskutiert wird, vielleicht sogar mehr als man handelt...

Die Diskussion war auch öffentlich über die "Tribüne der Leser" (in der V.O. -Red.) und die in der Parteipresse organisierten Debatten.

Muss man weitergehen, auf das Risiko hin, ein Diskussionsklub zu werden, permanent und öffentlich, der eher zur Konfusion führt als zur Aktion? Dies ist eine Frage, die die Parteiinstanzen werden behandeln müssen.

Was den Brief der Waadtländer Genossen betrifft, hat das Politische Büro – in Übereinstimmung mit der Parteileitung des POP Waadt, die am direktesten betroffen ist – beschlossen, diesen Brief nicht zu veröffentlichen, bevor darüber im ZK diskutiert worden ist. Dieses hat mehrheitlich entschieden, nur Auszüge zu veröffentlichen, während er schliesslich fast vollständig erschienen ist. Man kann über den eingeschlagenen Weg verschiedener Ansicht sein, aber es sind die Parteiinstanzen, die über diesen Weg entschieden haben! Was den 12. Kongress

betrifft, so haben wir seit Anfang dieses Jahres erklärt, dass die Vorbereitungen schon diesen Herbst beginnen. Im letzten ZK haben wir zwei kleine Kommissionen bestimmt, die beauftragt sind, zu prüfen, wie der Kongress vorzubereiten sei, vor allem im Hinblick auf die Programm- und Statutenrevision.

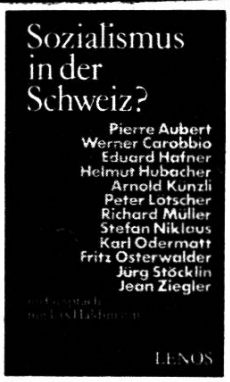
Hier diese wenigen Bemerkungen, die nur mich verpflichten, im Hinblick auf Eure Resolution.

Mit freundlichen Grüssen

sig. A. Magnin

* * * *

Sozialismus
in der Schweiz?
Gespräche
Hrsg. von Urs Haldimann
216 Seiten, Fr. 17.–



LENOS
VERLAG

Urs Haldimann befragte zwölf repräsentative Persönlichkeiten der traditionellen Arbeiterbewegung und der Neuen Linken über ihre Vorstellungen einer sozialistischen Umgestaltung in unserem Lande:
Pierre Aubert, Werner Carobbio, Eduard Hafner, Helmut Hubacher, Arnold Künzli, Peter Lötscher, Richard Müller, Stefan Niklaus, Karl Odermatt, Fritz Osterwalder, Jürg Stöcklin, Jean Ziegler

„Die Interviewform der einzelnen Beiträge versteht es, die Leser anzusprechen und auf die diversen, untereinander recht divergent akzentuierten Möglichkeiten von politischer Veränderung aufmerksam zu machen. Entsprechend der politischen Coleur reicht das Spektrum der Demokratisierungsvorschläge von Mitbestimmung bis Selbstverwaltung, vom Aufheben rechtlich überkommener Beschränkungen bis hin zum Abbau aller Diskriminierungen zugunsten der Möglichkeit von voller Entfaltung des Menschen."
(Basler Zeitung)